

Schluss mit illegalen Arbeitskräften

Off-Stimme 1:

Auch Mohammed, wie er sich vor der Kamera nennen will, hat illegal gearbeitet, als Küchenhilfe in einem Restaurant in Barcelona, bis er sich entschied, seinen Chef vor Gericht zu bringen, weil der ihm einen Anstellungsvertrag verkaufen wollte.

Off-Stimme 2:

Wir haben jeden Tag gearbeitet, von zehn Uhr morgens bis ein oder zwei Uhr nachts, je nachdem, wann die letzten Gäste gingen. Irgendwann hab ich meinen Arbeitgeber nach einem Vertrag gefragt, damit ich legal den Job machen kann. Und da hat er von mir 4000 Euro für den Vertrag verlangt.

Off-Stimme 1:

Der junge Marokkaner zahlte das Geld sogar, aber die Papiere, die er bekam, waren wertlos. Ein Fall, wie ihn der Anwalt Albert Pares immer wieder hört. Er arbeitet für eine Organisation, die in einem Migrantenviertel von Barcelona gegen soziale Ausgrenzung kämpft.

Off-Stimme 3:

Viele junge Männer kommen zu uns und erzählen, dass sie ein Jobangebot haben. Und wenn wir nachfragen, berichten sie, dass die Unternehmen oder deren Anwälte viel Geld für den Vertrag verlangen, 6000 Euro und in einigen Fällen bis zu 12000.

Off-Stimme 1:

Schätzungen zufolge wird Europa in den nächsten fünfzig Jahren eineinhalb Millionen ausländische Arbeitskräfte brauchen, um vor allem den Bedarf an Geringqualifizierten zu decken. Die Richtlinie, die jetzt diskutiert wird, soll deren legale Beschäftigung sichern. Doch die Gewerkschaften haben ihre Zweifel.

Off-Stimme 4:

Sie verrichten viele unverzichtbare Arbeiten, auf dem Bau, im Haushalt, bei der Altenpflege und so weiter. Es ist eine sehr eigenartige Lösung des Problems, zu sagen, dass die Arbeitgeber bestraft werden sollen, ohne eine Perspektive zu geben, wie man mit dem Bedarf auf dem Arbeitsmarkt umgeht, wie man diese Arbeitskräfte legalisiert und sie gegen Ausbeutung schützt. Und das sollte unserer Ansicht nach der erste Schritt sein.

Off-Stimme 1:

In Spanien arbeitet etwa die Hälfte der Immigranten illegal. Arbeitgebervereinigungen selbst räumen ein, dass lange Verfahren nötig seien, um einen Drittstaatenbürger legal einzustellen. Viele Unternehmer umgingen da lieber das Gesetz, selbst wenn sie 6000 bis 60000 Euro Strafe pro illegalen Arbeiter riskieren.

Parlamento, Copyright © 2008 – Euronews, alle Rechte vorbehalten.